

Hessische Landesregierung zu Gesprächen bereit

Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel würdigt die Leistung der Berufsbetreuer

Wiesbaden, 27. Oktober 2016 – „Betreuung muss Profession werden!“ Unter diesem Motto veranstaltete der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. seinen Parlamentarischen Abend 2016. Schirmherr war Dr. Wolfgang Dippel (CDU), Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Soziales.

45 Teilnehmer/innen folgten der Einladung in die Räume der Evangelischen Gesamtgemeinde in Wiesbaden. Unter ihnen zehn Abgeordnete aller Fraktionen sowie Richter, Rechtspfleger und Mitarbeiter der Betreuungsbehörden. Das Grußwort sprach der Staatssekretär: „Die Leistung, die die Berufsbetreuer/innen erbringen, ist ein wertvoller Beitrag für die Gesellschaft.“

Harald Kalteier, Sprecher der BdB-Landesgruppe Hessen, ergänzte: „Berufsbetreuer arbeiten mit Menschen in zeitweise extrem schwierigen Lebenslagen – junge und alte, oft mit schwersten psychischen Erkrankungen. Im Umgang mit diesen Menschen ist absolute Qualität im Miteinander gefordert.“

Derzeit sind bundesweit mehr als 1,3 Millionen Menschen auf Betreuung angewiesen. Die demografische Entwicklung, der Rückgang familiärer Strukturen sowie die Zunahme von Erkrankungen weisen darauf hin, dass die Betreuer/innen zukünftig vor großen Herausforderungen stehen. Der BdB legt dabei vor allem Wert auf die Selbstbestimmung unterstützungsbedürftiger Bürger/innen.

„Betreuung braucht Veränderung. Da sind sich mittlerweile alle einig. Die Bundesregierung erwägt strukturelle Veränderungen im Betreuungsrecht“, sagte der BdB-Vorsitzende Thorsten Becker. In diesem Zusammenhang wies er auf die Staatenprüfung der UN hin. Der Fachausschuss hatte kritisiert, dass das deutsche Betreuungsrecht noch „zu vertretungsorientiert“ sei. Thorsten Becker: „Das deutsche Betreuungsrecht ist im Kern gut. Es muss aber an manchen Stellen angepasst werden. Es muss sich weiterentwickeln zu einem Recht, in dem die unterstützte Entscheidungsfindung fest verankert ist. Die Konzepte liegen vor. Die Politik muss nur noch handeln.“

Staatssekretär Dippel kündigte an: „Wenn die rechtstatsächliche Untersuchung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) vorliegt, wird die Landesregierung mit Ihnen reden.“

Der Vorstand des BdB und die Abgeordneten haben weitere bilaterale Gesprächstermine und parlamentarische Anfragen verabredet. Der BdB liefert dazu Informationsmaterial.

Pressekontakt:

nic communication & consulting | Bettina Melzer
Tel: 030 – 23 63 55 46 | mobil: 0163 – 575 1343 | Email: bm@niccc.de | Web: www.niccc.de

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.700 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes „Betreuung“. Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen. www.bdb-ev.de